

Hamburg, 16.10.2013

Offener Brief der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ an den Senat der Stadt Hamburg und Erneuerung unseres Gesprächsangebots

Sehr geehrter Herr Scholz, sehr geehrter Herr Neumann,

Nicht wir, die Menschen der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ verstecken unsere Identität, sondern die europäischen Regierungen verstecken sich vor der Verantwortung, sich der Realität zu stellen.

Am 1. Mai 2013 sind wir, die libyschen Kriegsflüchtlinge in Hamburg in die Öffentlichkeit getreten und haben die Zusammenhänge, warum wir in Hamburg sind, sichtbar gemacht. Wir haben auch deutlich gemacht, warum für die Umsetzung unseres durch Italien anerkannten Flüchtlingsstatus die gesamte Europäische Union und eben auch Hamburg verantwortlich ist.

Wir haben um Gespräche mit Ihnen, der Hamburger Regierung, zur Findung einer politischen Lösung für unsere traumatische und rechtlose Lage gebeten. Sie haben nicht das Gespräch mit uns gesucht, sondern sich hinter einem Gesetz versteckt, welches für uns eine Bedrohung unserer Leben ist. Sie haben, unsere Lebensrealität ignorierend, die Rückführung nach Italien als einzige (gesetzliche) Möglichkeit dargestellt und ignorieren dabei die gefährliche Situation, in der sich Flüchtlinge dort wiederfinden.

Gespräche mit uns haben nicht stattgefunden. Deshalb sind wir am 22. Mai ins Rathaus marschiert, um das Gespräch zu fordern ohne dies zu erreichen. Dafür nahmen uns die Medien und die Öffentlichkeit stärker wahr. Viele Menschen haben uns kennengelernt. Wir stehen seit fast sechs Monaten in der Hamburger Öffentlichkeit, wir sind jeden Tag an unserem Protest- und Informationszelt am Steindamm, wir sprechen mit den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt und ebenso mit den vielen Touristen in Hamburg. Menschenrechtsvertreter, Priester und Imame, Lehrerinnen und Schüler und auch EU-Parlamentarier und Bundestagsabgeordnete haben uns besucht. Wir stehen mit unseren Namen und unseren Geschichten in den Medien. Wir treten mit offenem Gesicht für unsere Rechte ein und wir melden Versammlungen an.

Wir sind nicht grundsätzlich dagegen unsere Papieren den Behörden auszuhändigen, sodass Recht geltend gemacht werden kann. Angesichts der Ablehnung jeglicher Annäherung und Offenheit für unsere existenzielle Not, befürchten wir jedoch, dass Sie lediglich unsere unmenschliche Abschiebung vorbereiten wollen. In unserer verzweiferten Lage, müssen wir wissen was passieren wird, wenn wir unser Leben den Behörden anvertrauen. Wir wissen nicht was Sie vor haben und haben Angst davor, dass die europäische Politik unser Leben ein weiteres Mal zerstört.

Wir erinnern uns an das einzige Gespräch mit einer Vertreterin der Sozialbehörde und einem Vertreter des Flüchtlingszentrums, das in unserem Zelt stattgefunden hat, als aus der Bevölkerung, den Kirchen und den Moscheen bereits humanitäre Nothilfe geleistet wurde und wir zumindest im Trockenen schlafen konnten. Es wurde uns gesagt, dass es in Hamburg keine freien Unterkünfte gäbe, dass die Situation sehr schwierig sei, dass man sich aber bemühen würde. Wir sollten zunächst erst einmal eine Liste mit unseren Namen einreichen. Wenn etwas gefunden würde, könnten wir uns von den Wochen des Lebens auf den nassen und kalten Straßen etwas erholen, um uns auf die Rückreise nach Italien vorzubereiten. Hieran scheiterten die ersten Verhandlungen zwischen der Nordkirche und Ihnen. Sie suchten kein weiteres Gespräch mit uns. In der Öffentlichkeit sagten Sie, es gäbe für Hamburg keinen Handlungsspielraum.

Wir haben zusammen mit unseren Rechtsanwältinnen in einer Pressekonferenz, dargelegt, dass Hamburg sehr wohl rechtliche Möglichkeiten hat. Geradezu beispielhaft für unsere gemeinsame Flucht- und Lebensgeschichte beginnend von der Eskalation des Krieges in Libyen im März 2011, steht der Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes. Dieser Paragraph wurde geschaffen, um aufwendige und langandauernde Einzelverfahren für eine größere Anzahl Personen, die alle gleichen Kriterien entsprechen, zu vermeiden. Die Anwendungsmöglichkeit liegt im Ermessen der jeweiligen Landesregierung im Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister. Mit Verweis auf die sichere Ablehnung durch das Bundesinnenministerium lehnten Sie diese Möglichkeit ab. Dieses wies jedoch mehrfach auf Hamburgs Souveränität in der Sache hin – zunächst in Antwort auf eine Anfrage im Bundestag, dann in den Antwortschreiben an Zeichner der Petition und zuletzt durch den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung.

Da Sie dem Vorschlag der Anwendung des Paragraphen 23 nicht aufgreifen wollten, versuchte die Nordkirche erneute Gespräche in Richtung einer Lösung. Ergebnis war, dass unsere Rechtsanwälte zusammen mit Fluchtpunkt auf Ihren Vorschlag hin, anonymisierte Musteranträge einreichten. Wir entschieden zusätzlich, einen Antrag namentlich durch eine Person aus unserem Kreis zu stellen. Alle Anträge stehen stellvertretend für alle von uns. Ihre Behörde lehnte alle Anträge ab. Die in den Anträgen inhaltlich vorgetragenen Gründe wurden mit Ausführungen über die Gesetzeslage beantwortet. Der zweite Vermittlungsversuch der Nordkirche war gescheitert.

Wir haben weiter im Licht der Öffentlichkeit gestanden und die Unterstützung und das Verständnis für uns sind stetig gewachsen. Diskussionen und Gespräche drehten sich darum wie eine politische Lösung erreicht werden kann. In diesem Moment – und noch während des frischen Schmerzes über die jüngsten Toten vor Lampedusa – setzen Sie eine Polizeioperation gegen uns, die Überlebenden des Kriegs und der Flucht nach Lampedusa, in Gang, die die Welt schockiert.

In dieser Polizeioperationen sind zahlreiche Rechtswidrigkeiten und Rechtsbeugungen vorgekommen. In der emotional aufgewühlten Öffentlichkeit versuchen Sie diese Maßnahmen zu rechtfertigen, in dem Sie uns und unsere Situation sowie unseren Status falsch darstellen. Deshalb die Klarstellung:

1. Wir sind Inhaber gültiger Ausweisdokumente – was auch die gesamte Polizeioperation rechtlich in Frage stellt.
2. Wir verdecken nicht unsere Identität, wir sind eine der präsentesten und öffentlichsten Gruppen von Menschen in dieser Stadt.
3. Wir stellen keine Asylanträge, weil wir das Procedere bereits in Italien durchlaufen haben. Weshalb ein erneutes Verfahren nicht nur unnötig ist, es macht auch rechtlich keinen Sinn.

Unser Erscheinen in der Stadt hat einen Grund, den wir nicht verursacht oder verschuldet haben. Warum viele Menschen in Hamburg sich an unsere Seite gestellt haben, hat auch einen Grund. Diesen haben wir mit verursacht. Wir haben immer erklärt, woher wir gekommen sind, warum wir gekommen sind, dass wir bleiben und warum wir bleiben. In diesem Kampf sind wir mit böartigen Beschuldigungen und schwerer Repression konfrontieren, doch wir glauben, dass unser Kampf gerecht ist.

Ein Problem, welches so komplex und sensibel ist wie das unsere, kann nicht mit dem Vorschlaghammer gelöst werden. Konstruktive Gespräche zwischen uns, den Betroffenen und den Ihnen, den verantwortlichen Repräsentanten dieser Stadt, wären ein Ausweg aus der Spirale der Eskalation, die derzeit die Stadt Hamburg ergriffen hat. Wir, die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ haben immer unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert und erneuern unser Gesprächsangebot in aller Deutlichkeit weiteres Mal. Unsere Telefonnummern und die Telefonnummern unserer Anwälte sind Ihnen bekannt.

Mit freundlichen Grüßen,

Affo Tchassei (Tel. 0176-717 402 36)

Asuquo Udo (Tel. 0152 146 725 37)

Anane Kofi Mark (Tel. 0152 170 045 94)

Friday Emitola (Tel. 0152 170 052 71)

als Sprecher der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“

Hamburg, 16.10.2013

Open letter by the group „Lampedusa in Hamburg“ to the senate of Hamburg and a renewal of our offer for talks

Dear Mr. Scholz, dear Mr. Neumann,

We, members of the group „Lampedusa in Hamburg“ do not hide our identity, however the European governments themselves are hiding from their responsibility and refuse to face the reality.

On 1 May 2013 we, the Libyan war refugees, appeared in the public in Hamburg and made the circumstances of our existence in Hamburg visible, explaining why we came here. The reasons why the entire European Union including Hamburg are responsible for the recognition and practical application of our Italian refugee status were also made clear.

We have asked for discussions with you, the Hamburg government, in order for you to find a political solution to our traumatic predicament, living without any rights. You have never sought discussions with us, but instead hide behind a law, which poses a threat of to our lives. You ignore the reality by claiming that the return to Italy is the only (legal) possibility, and thus you fail to acknowledge the dangerous the situation refugees face in Italy.

Discussions with us never took place. Therefore on the 22. May we marched to the city hall fruitlessly requesting talks. Through this action, the general public and media became aware of our situation. Many have become acquainted with us. For nearly six months we have been in public. At our protest and information tent , we speak with the citizens daily, likewise with the many tourists. Human rights representatives, priests and imams, Teachers and pupils , EU parliamentarians and members of the Bundestag have also visited us. We appear with our names and stories in the media. We openly demand our rights and we publicly announce meetings.

We are not generally against giving our papers to the authorities, so that law can rule. In the view of the refusal to approach us and refusal to recognize the life-threatening emergency we are in, we fear that you inhumanely want to prepare our deportation. In our desperate situation, we need to know, what will happen to us if we hand ourselves over to the authorities. But we do not know what they are planning and we have the fear that the european politics will destroy our lives once more.

We would like to remind you of the only discussion which took place in our tent with a representative of the Sozialbehörde and a representative the Flüchtlingszentrum. At the time, when the much needed humanitarian aid, which allowed us to have shelter instead of sleeping on the streets, was already being provided by members of the

public, churches and the mosques. We were told there was no available accommodation in Hamburg, that the situation was very difficult, however you would try. We were to submit a list with our names and if something was found, we could partially recover from the weeks of living on the wet and cold streets, as a preparation for our return journey back to Italy. The first negotiations between you and the Nordkirche failed.

No further discussion was sought with us. You publicly announced that there was no scope of action for Hamburg to take.

In a press conference, together with our lawyers, we stated that Hamburg does have legal possibilities. The paragraph 23 residence act exemplifies our common escape and life story beginning from the escalation of the war in Libya in March 2011. This paragraph was created in order to avoid complex individual procedures for a large number of people who all fulfill the same criteria. The application of this paragraph lies at the discretion of the respective federal state government with approval of the Federal Minister of Interior.

With reference to the most likely refusal by the Federal Ministry of the Interior you rejected this option. They however pointed several times to the sovereignty of Hamburg -first, in an answer to an enquiry at the parliament, then in the answers to the persons who had signed the petition, then through the human rights commissioner of the federal government.

Since you refused our proposal to apply §23, the Northern Church again tried to hold talks directed at a solution. The outcome was that our lawyers, together with Fluchtpunkt and following your proposal, submitted anonymous model applications. We had decided to make a further application stating the name of the person. All applications represent all of us. Your administration rejected all applications. The substantial reasons stated in the applications were countered by quoting from the law. Thus, the second attempt of the Nordkirche to mediate had failed.

We have continued to stand in public attention. Support and understanding for our cause have grown steadily. Discussions and conversations about how to achieve a political solution took place.

In this very moment – even while the agony for the latest deaths at Lampedusa is still fresh – you start a police operation against us, who have survived the war and the flight to Lampedusa. This shocks the world.

Laws were violated and perverted in the process. To the emotionally strained public you defended these measures by giving a wrong presentation of our situation and our status. Therefore the clarification:

1. We are in possession valid documents . This puts a question mark to the entire

police operation.

2. We do not hide our identity, on the contrary, we are one of the most present and most public groups of people in town.
3. We do not apply for asylum because we have gone through the procedures in Italy already. This not only makes a second procedure unnecessary, but also it does not make sense legally.

We appeared in the city for reasons which we did not produce or are responsible for. But we are indeed responsible for the fact that many people in the city stand by our side. We have always declared where we came from, why we came and that we are here to stay, and why. In this fight, we are confronted with wicked allegations and harsh repression, but we believe that our cause is just

A problem as complex and sensitive as ours cannot be solved with the sledge hammer. Constructive talks between us, the affected, and you, the responsible representatives of this city, should be a way out of the spiral of escalation, that has gripped the city Hamburg. We, the group „Lampedusa in Hamburg“ have always signalled our willingness to talk and renew our offer for talks once more. Our telephone numbers and the numbers of our lawyers are known.

Sincerely,

Affo Tchassei (Tel. 0176-717 402 36)
Asuquo Udo (Tel. 0152 146 725 37)
Anane Kofi Mark (Tel. 0152 170 045 94)
Friday Emitola (Tel. 0152 170 052 71)

Speakers of the group „Lampedusa in Hamburg“